Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 2054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 8 gültig vom 1. 1. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 44 | Donnerstag, den 14. Februar 1935 | Jahrgang 1935

Der Sowjetstaat baut sich um.

Von unserem Moskauer Mitarbeiter.

Moskau, im Februar.

Unter den Beschlüssen, die der 7. Sowjetkongreß gefaßt hat, darf wohl der Beschluß über die Abänderung der Verfassung die meiste Aufmerksamkeit beanspruchen. Und der wichtigste Punkt dieses Beschlusses ist ohne Zweifel der, der die Umgestaltung des Wahlsystems betrifft.

Mit völliger Einmütigkeit stimmte der Kongreß für die vom Präsidenten des Rates der Volkskommissare Molotow erläuterte Verfassungsreform. Kein Widerspruch regte sich, es ging alles so glatt und schnell, als hätte die Verfassung in ihrer bisherigen Form sich kaum mehr ertragen lassen. Dabei ist aber vorher eine Kritik an dieser Form garnicht verlautbart worden, am wenigsten in der Sowjetpresse, die jetzt die Umgestaltung als gewaltige Errungenschaft des bolschewistischen Geistes preist.

Drei Punkte sind es, die das Fundament der Wahlreform bilden sollen. Erstens verschwindet die „Vielstufigkeit der Wahlen". Bisher wurden nur die untersten Stufen der Sowjets, die Dorfsowjets und die Stadtsowjets, direkt von den Einwohnern gewählt; alle höheren Organe des Sowjetsystems, d. h. die Exekutivkomitees der Rayons, der Bezirke und der Gebiete, sowie die Zentral-Exekutivkomitees der Teilstaaten und der Sowjetunion wurden schon nicht mehr durch direkte Stimmenabgabe der Wähler, sondern durch die entsprechenden Sowjetkongresse gewählt. Somit entstand ein Rayon-Exekutiv-Komité durch die von dem Kongreß der Dorf- und Stadtsowjets des betreffenden Rayons vollzogenen Wahlen und die weitere Stufenleiter der Wahlen baute sich entsprechend auf. Nunmehr sollen alle diese Sowjetorgane direkt von der Bevölkerung gewählt werden.

Zweitens soll die Ungleichheit in der Wahlberechtigung der Arbeiter und Bauern ganz verschwinden. Bisher wählten beispielsweise zum großen Kongreß der gesamten Sowjetunion je 25 000 städtische, d. h. proletarische Einwohner, einen Delegierten, dagegen je 125 000 Bauern einen Delegierten. Daß hier nun völlige Gleichberechtigung eintreten soll wird damit begründet, daß die Bauern dank der Kollektivierung der Landwirtschaft „nicht mehr Dorfspießer oder Kulaken" seien und ihre politische Reife nicht mehr angezweifelt werden soll.

Der wichtigste Punkt betrifft die Ersetzung der bisher üblichen offenen Wahlen durch geheime. Molotow sprach über diesen Punkt mit einer erstaunlichen Zuversicht. Nach seiner Darlegung kann das Sowjetsystem nur gewinnen, wenn die „belebende Kritik" durch die geheimen Wahlen den bürokratischen Apparat aufrüttelt. Hier entsteht aber doch die Frage, ob diese Form der Kritik sich damit begnügen wird, örtliche Bürokraten oder andere unbeliebte Bonzen nicht zu wählen bezw. nicht wiederzuwählen. Wenn die Wähler nun höher greifen und durch die geheimen Wahlen ihrer Kritik an wesentlicheren Repräsentanten des Systems oder gar am System selbst Ausdruck geben wollen? Würde diese Kritik dann auch als „belebend" empfunden werden? Oder wird dafür gesorgt werden, daß das Geheimnis der Wahl wenigstens für die G.P.U. nicht undurchdringlich bleibt? Man kann sich vorläufig hierüber noch kein klares Bild machen. Erst wenn die Verfassungskommission, die nunmehr unter dem Vorsitz Stalins tagt, die ersten Berichte über ihre Arbeiten veröffentlicht, wird man sich dieses Bild machen oder wenigstens bis zu einem gewissen Grade machen können.

Es verdient in diesem Zusammenhang bemerkt zu werden, daß Stalin sich jetzt wieder hat in das Präsidium des Zentralexekutivkomitees wählen lassen, was er in der vorigen Kongreßperiode nicht für nötig erachtet hatte. Offenbar hält er es für ratsam, dem Gremium auch formell anzugehören, das über die wichtigen Reformen zu entscheiden haben wird.

Hinter den Veränderungen im Wahlsystem tritt der restliche Teil der Verfassungsreform zurück. Es handelt sich da, wie in dem Kongreßbeschluß gesagt wird, um eine Angleichung der sozialwirtschaftlichen Grundlagen der Verfassung an die heutigen Klassenverhältnisse im Sowjetstaat, wie sie durch den Ausbau der Industrie, die Ausrottung des Kulakentums und die Kollektivierung der Landwirtschaft usw. geworden sind.

Die gesamte Reform der Verfassung soll der „weiteren Demokratisierung" des Sowjetsystem dienen. Der ausländische Beobachter des Sowjetstaates wird hier die Frage stellen, wie eine Demokratie weiter ausgebaut werden soll, die gar nicht existiert. Der vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und von der G. P. U. beaufsichtigten Sowjetstaat kann man doch wohl nicht als demokratisch bezeichnen. Hier helfen sich nun die Kongreßredner und ebenso die Sowjetblätter mit einer sehr einfachen Auslegung: es gibt eben eine verfälschte Demokratie in den Ländern des „verfaulenden Kapitalismus", mit der die allein garantiert echte Demokratie der Sowjetunion gar nichts zu schaffen hat. Die Sowjet-Demokratie dient zur Stütze der Diktatur des Proletariats, die nunmehr nach der Beseitigung der letzten Ungleichheit zwischen Arbeitern und Bauern eine Diktatur der Proletarier und der Bauern sein soll. Und diese Demokratie ist es, die jetzt ausgebaut wird.

Die zum Kongreß nach Moskau gekommenen Delegierten sind nunmehr wieder in ihre Heimatgebiete abgereist. Sie können dort berichten, daß der Sowjetstaat einen weitgreifenden Umbau beginnt, dessen militärischer Teil (wie wir bereits in der vorigen Woche in der Tagesrundschau dargelegt haben) feststeht. Ob die der „weiteren Demokratisierung" dienenden Maßnahmen nach Jahr und Tag ebenso eindeutig durchgeführt sein werden, bleibt abzuwarten.

Das amerikanische Luftschiff „Macon" verunglückt

Das größte Kriegsluftschiff der Welt im Sturm ins Meer gedrückt.

Die Besatzung bis auf zwei Mann gerettet.

$ Newyork, 13. Februar.

Wie aus San Franzisko gemeldet wird, ist das amerikanische Riesenluftschiff „Macon" auf einer Fahrt nahe der kalifornischen Küste verunglückt. Das Luftschiff sandte SOS-Rufe aus und ging dann auf der Höhe von Point Sur auf die See nieder. Die Besatzung, die aus insgesamt 83 Mitgliedern bestand, ist bis auf zwei Mann gerettet worden.

Die rasche Bergung der Mannschaft wurde durch den Umstand erleichtert, daß sich eine größere Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe in der Nähe befand. Die „Pennsylvania" war nur vier Seemeilen von der Unglücksstelle entfernt, wo die „Macon" ihr Raketensignal in die Luft sandte. Die 81 Ueberlebenden, von denen zwei verletzt sind, wurden von den Kreuzern „Richmond", „Concord" und „Cincinnati" an Bord genommen und in San Francisco gelandet. Von den beiden Vermißten befand sich der eine noch an Bord des Schiffes, als es auseinanderbrechend ins Meer stürzte. Der andere Vermißte, der Funker, war aus einer Höhe von etwa 40 m aus dem stürzenden Luftschiff gesprungen. Ueber das Schicksal beider ist noch nichts bekannt geworden.

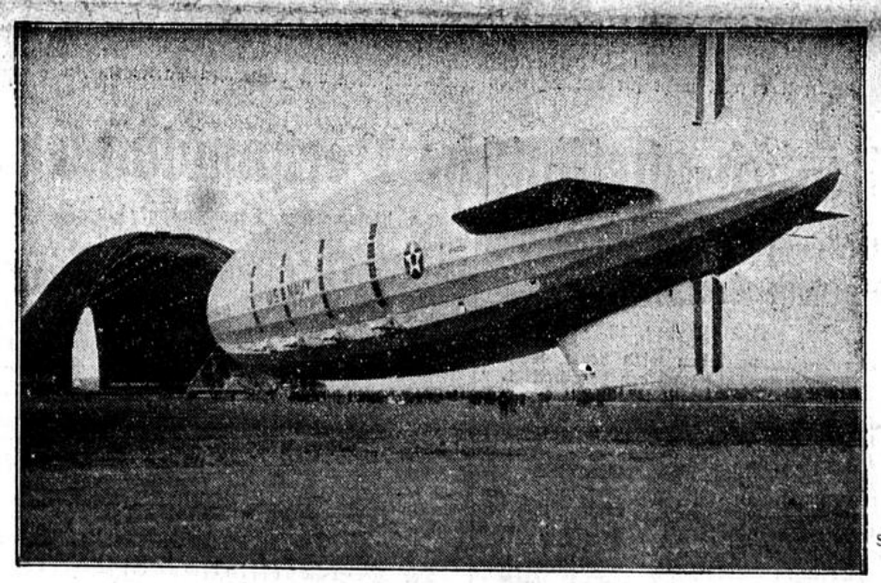
Ueber die Ursache der Katastrophe herrscht noch keine Klarheit. Es scheint jedoch, als ob die „Macon" unter ähnlichen Umständen zugrunde gegangen ist, wie das Luftschiff „Akron" im Jahre 1933.

Mehrere Beobachter an der Küste des Stillen Ozeans in der Nähe von Point Sur sahen, wie die „Macon" mit einem heftigen Sturm kämpfte, der am Dienstag auch in Los Angeles großen Schaden angerichtet hat. Es wurde beobachtet, wie die „Macon" rasch auf die See niederging.

Nach einem anderen Bericht ist die „Macon" aus etwa 600 m Höhe 13 Meilen südöstlich von Point Sur aufs Meer gestürzt und anscheinend auf eine Felsklippe aufgeschlagen.

Der Geschwaderchef der Flotte teilte in einem Funkspruch mit, daß die „Macon" in einer Tiefe von etwa 100 Metern liege.

Ein Versuch, die Ueberreste des Luftschiffes zu heben, sei vorläufig aussichtslos. Der Schaden, der durch den Verlust des Luftschiffes entstanden ist, wird mit 4½ Millionen Dollar beziffert.



Scherl.

Das verunglückte Kriegsluftschiff „Macon".

Funkbeamte in San Franzisko teilen mit, daß die erste Botschaft des Luftschiffes folgendermaßen lautete:

„Wir haben einen schweren Verlust gehabt und das Luftschiff fällt. Wir werden es beim Berühren der Wasseroberfläche verlassen."

Eine bei der Funkstation San Diego eingegangene drahtlose Mitteilung besagte:

„Wir werden das Luftschiff verlassen, sobald wir ungefähr 30 Kilometer von Point Sur entfernt, wahrscheinlich 16 Kilometer von der Küste ab, auf die See niedergegangen sind."

Eine weitere Funkmeldung habe nur das Wort „Warten" enthalten. Beobachter in Santa Barbara und Santa Monica berichten, daß das Luftschiff vom Sturm ungefähr 12 Kilometer nach Süden abgetrieben worden sei.



Scherl.

Kommandant Herbert Wiley.

Das Luftschiff „Macon" ist das größte Luftschiff der Welt, ein Schwesterfahrzeug der „Acron", die am 2. April 1933 dadurch verunglückte, daß sie durch eine Gewitterbö auf das Meer gedrückt wurde. 74 Mann der Besatzung des vollständig zerstörten Luftschiffes fanden den Tod. Unter den Geretteten war als einziger Offizier Kapitän Herbert Wiley, der jetzige, ebenfalls wieder gerettete Kommandant der „Macon", der damals nach stundenlangem Umherschwimmen aufgefischt wurde. Er war auch als Leutnant auf dem Luftschiff „Shenandoah", das am 3. September 1925 durch einen Wirbelsturm in Ohio vernichtet wurde.

Die „Macon" war zum ersten Mal am 21. April 1933 aufgestiegen. Sie war 235 Meter lang und hatte 208 000 Kubikmeter Inhalt. Ihr Aktionsradius betrug etwa 9500 Kilometer. Zur Füllung wurde unbrennbares Heliumgas verwendet. Das Luftschiff war erheblich größer als die „Acron", die nur 184 000 Kubikmeter Rauminhalt hatte. Kommandant Herbert Wiley, der die „Macon" schon durch manchen Sturm hindurchsteuerte, gilt als der erfahrenste amerikanische Luftschiffoffizier.

Am 7. April Neuwahlen in Danzig.

Senatspräsident Greiser über die Verhandlungen mit dem Zentrum.

— Danzig, 13. Februar.

Die nationalsozialistische Fraktion des Danziger Volkstages hat auf Wunsch des Präsidenten des Senats beschlossen, einen Antrag auf Auflösung des Danziger Volkstages einzubringen. Die Abstimmung über den Antrag erfolgt am Donnerstag, dem 21. Februar. An der Annahme des Antrages besteht kein Zweifel, da die NSDAP im Danziger Volkstag über die absolute Mehrheit verfügt.

Der Wunsch des Senatspräsidenten Greiser auf Ansetzung von Neuwahlen wird durch seine vergeblichen Verhandlungen mit der Zentrumspartei erklärt. Er hatte im vorigen Monat in Genf mit den Völkerbundinstanzen vereinbart, daß versucht werden sollte, in unmittelbaren Verhandlungen zwischen der nationalsozialistischen Regierung und der Danziger katholischen Opposition, die in zwei Beschwerden dem Völkerbund vorgelegten Streitpunkte zwischen der NSDAP oder der Regierung auf der einen Seite und der katholischen Geistlichkeit oder der Zentrumspartei in Danzig auf der andern Seite aus der Welt zu schaffen. Der Präsident teilt in einem Schreiben an die nationalsozialistische Fraktion des Danziger Volkstages nun mit, daß er diese Verhandlungen aufgenommen habe und daß die Aussicht bestehe, mit der katholischen Geistlichkeit zu einer Einigung zu gelangen. Die Verhandlungen würden noch fortgesetzt werden. Dagegen werde es nicht möglich sein, mit den Vertretern der Zentrumspartei zu einer Einigung zu kommen, die dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung gerecht werden dürfte. Der Senat der Freien Stadt Danzig habe in seiner ganzen Aufbauarbeit Gesetze geschaffen, die dem Willen der im Volkstag vertretenen NSDAP und damit der Mehrheit der Danziger Bevölkerung entsprächen. Dem Wunsche der Zentrumspartei nach Abänderung einer Reihe von Gesetzen nachzukommen, sehe sich der Senat der Freien Stadt Danzig nicht in der Lage, wenn er nicht seine eigene Aufbauarbeit stören und den Willen der Mehrheit der Danziger Bevölkerung sabotieren wolle. Bei dieser Sachlage erscheine es dem Senat, wie Präsident Greiser zum Schluß seines Schreibens betont, notwendig, den Willen der Danziger Bevölkerung durch Volkstagsneuwahl eindeutig vor aller Welt feststellen zu lassen.

Der Präsident des Volkstages, von Wnuck, gab heute Vertretern der Presse Kenntnis von diesem Schreiben des Präsidenten des Senats und betonte, die Fraktion der NSDAP habe nach reiflicher Ueberlegung den Beschluß gefaßt, die Entscheidung darüber, ob die Maßnahmen des Senats oder ob die Wünsche des Zentrums dem Willen des Volkes entsprechen, dem Volk selbst zu überlassen. Die Mitglieder der Fraktion der NSDAP seien bereit, die Verfassungsmäßigkeit des Senats erneut unter Beweis zu stellen. So wie die Mehrheit des Volkes bestimme, werde in Zukunft in Danzig der Verfassung entsprechend regiert werden.

Der am 28. Mai 1933 neugewählte Volkstag der Freien Stadt Danzig hatte folgende Zusammensetzung: Nationalsozialisten 38, Sozialdemokraten 13, Zentrum 10, Kommunisten 5, Deutschnationale 4, Polen 2 Abgeordnete. Die Stärke der Fraktion der Nationalsozialisten erhöhte sich auf 41 Abgeordnete durch den Zutritt zweier Abgeordneten der Deutschnationalen und eines Mitgliedes aus den Reihen der Sozialdemokraten. Die Kommunistische Partei ist wegen staatsgefährdender Umtriebe aufgelöst worden.

Durch Panne am Heck zwei Gaszellen verloren.

Kommandant Wiley über den Hergang des Unglücks.

DNB Washington, 13. Februar.

Der Kommandant des verunglückten Luftschiffes „Macon", Wiley, hat von Bord des Kriegsschiffes, das ihn gerettet hat, folgende Funkmeldung an das Flottendepartement in Washington gesandt:

Auf Höhe von Point Sur, kurz Nord, Standardgeschwindigkeit 63 Knoten, Höhe 1250 Fuß, Luft böig, erlitten wir eine Panne am Heck. Schiff neigte sich mit dem Bug nach oben und stieg rasch. Ich befahl, allen Ballast und Brennstoff fallen zu lassen und die Tanks fielen achtern vom Mittelschiff. Ich erhielt dann die Mitteilung, daß die Gaszelle Nummer 1 unter der Schwanzflosse verloren ist, daß das Heck auseinanderfällt und schließlich, daß auch Gaszelle Nummer 2 verloren ist. Ich versuchte, das Schiff in der Nähe der Kreuzer auf der Höhe von Point Sur zu wassern, aber ich konnte die Oberfläche erst

kurz vor der Wasserung sehen. Das Schiff landete mit dem Heck zuerst, ohne Geschwindigkeit zu besitzen. Alle Mannschaften begaben sich zu den Gummibooten und wir sahen das Schiff schließlich sinken. Die Disziplin war ausgezeichnet. Alle Mannschaften hatten bei dem Alarm Zeit, Rettungsjacken anzulegen.

Zunächst Einstellung des Luftschiffbaues in den Vereinigten Staaten.

Eine Erklärung Roosevelts.

§ **Washington, 13. Februar.**

Der Untergang des Luftschiffes „Macon" hat in den Vereinigten Staaten tiefste Erschütterung hervorgerufen und die Zweifel an der Brauchbarkeit der starren Luftschiffe wieder einmal sehr verstärkt.

Präsident Roosevelt hat bestimmt, daß vorläufig kein Ersatzbau in Auftrag gegeben werden soll. Er wies darauf hin, daß man für das gleiche Geld etwa 50 Flugzeuge für weite Erkundigungsflüge bauen könne. Man tue daher besser daran, auf weitere Versuche mit Luftschiffen zu verzichten. Dies bedeute nicht notwendigerweise das Ende dieser Art Luftfahrzeuge in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Regierung werde weiterhin Heliumgas herstellen, aufspeichern und an die Wissenschaftler der ganzen Welt zu Forschungszwecken abgeben. Aber einstweilen werde die Regierung keine Luftschiffe für militärische oder wirtschaftliche Zwecke vom Bundeskongreß anfordern. Mit Interesse sehe man Amerika den Flügen Dr. Eckeners mit dem neuen Zeppelin im nächsten Sommer entgegen. Die amerikanische Marineleitung werde Dr. Eckener jede Unterstützung gewähren, denn von seinen Flügen werde man viel lernen können und ein verläßliches Bild davon erhalten, ob die Wiederaufnahme des Luftschiffbetriebes in Amerika zu empfehlen sei.

Man dürfe nicht vergessen, so betonte Roosevelt des weiteren im Verlaufe einer Pressekonferenz am Mittwoch, daß die „Macon" vier Tage hintereinander in der Luft gewesen sei, bevor das Unglück sich ereignete und daß andere Länder ebenfalls viel Pech mit ihren Luftschiffen gehabt hätten. Man dürfe schließlich nicht vergessen, daß die Luftschiffe im Kriegsfalle bestimmte sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen hätten. Das letzte Wort über das Schicksal des Luftschiffes sei sicher noch nicht gesprochen, nur halte es die Regierung angesichts des tragischen Unglücks der „Macon" für richtiger, zunächst weitere Versuche Dr. Eckeners abzuwarten.

Der Marineausschuß des Repräsentantenhauses hat einstimmig eine öffentliche Untersuchung der „Macon"-Katastrophe beschlossen, die sofort nach Beendigung der vom Marineamt eingeleiteten Untersuchung durchgeführt werden soll.

Großes Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang eine Meldung aus Hartford (Connecticut), wonach Karl Arnstein, der Chefingenieur der Goodyear-Zeppelin-Company am Dienstag, kurz vor dem „Macon"-Unglück gelegentlich einer Gerichtsverhandlung erklärt hat, daß die beim Bau der „Macon" verwendeten amerikanischen Rohstoffe nicht die von den deutschen Konstrukteuren im Jahre 1928 festgesetzte Güte gehabt hätten.

Die Rettung durch amerikanische Kriegsschiffe.

DNB **London, 13. Februar.**

Reuter-Meldungen geben vom Untergang des amerikanischen Marineluftschiffes „Macon" folgende Einzelheiten: Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Flotte, Admiral Joseph Reeves, hat dem Marinedepartement gemeldet: Die Ueberlebenden des „Macon" in sieben Rettungsbooten sind 13 Meilen südöstlich von Point Sur gesichtet worden. Ich berge sie und setze die Suche nach anderen Ueberlebenden fort. Ich werde Ihnen alle weiteren Ereignisse mitteilen. Eine weitere Meldung besagt: Der Zerstörer „Concord" hat den Kommandanten des Luftschiffes, Commander Wiley, einen weiteren Offizier und neun Mann gerettet.

In weiteren Berichten aus San Franzisko heißt es: Eine Anzahl Schlachtschiffe und Kreuzer hatten in der Nähe von Point Sur zwei Stunden lang vergebliche Nachforschungen angestellt, bevor die Mannschaft gesichtet wurde. Die See ist glatt; doch ist die Dünung stark, und es fällt dichter Regen bei schlechten Sichtverhältnissen. Das Luftschiff war zur Zeit des Unfalles von Manövern mit der Flotte zurückgekehrt. Das Schlachtschiff „Pennsylvania", das mit anderen Schiffen suchte, erblickte plötzlich eine Rakete. Schließlich drangen die Scheinwerfer des Schiffes durch den dichten Regen und die Finsternis und zeigten die undeutlichen Umrisse der „amerikanischen Himmelskönigin". In den sieben Gummirettungsbooten des Luftschiffes brannten mehrere Kalziumflammen. An dem Rettungswerk haben sich auch der Kreuzer „Richmond" und das Kriegsschiff „Memphis" beteiligt.

„Der Reichswart" auf Befehl des Führers verboten.

DNB **Berlin, 13. Februar.**

Die Wochenschrift „Der Reichswart" ist auf Befehl des Führers bis auf weiteres verboten worden wegen eines in ihrer Nummer vom 3. Februar unter der Ueberschrift „Wir sind doch ganz allein" erschienenen Artikels, der sich in aufreizender und z. T. direkt böswilligen Auslassungen gegen die Aufbauarbeit der Regierung wandte. Bezeichnend ist, daß der Verfasser dieses Artikels ganze 20 Jahre alt ist. (Herausgeber dieser Wochenschrift, die sich u. a. stark für die Ideen der achristlichen Deutschgläubigen einsetzt, ist Graf Ernst Reventlow.)

Eine Mitteilung Bürckels.

Wiedereinstellung der verdrängten deutschen Saargrubenarbeiter.

DNB **Saarbrücken, 13. Februar.**

Der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes, Bürckel, teilt mit, daß bei der Rückgliederung im Saarbergbau selbstverständlich in erster Linie die vorhandenen deutschen Saargrubenbeamten, -angestellten und -arbeiter Verwendung finden. Zu diesem Personenkreis gehören vor allem auch die von der französischen Bergwerksdirektion aus politischen Gründen entlassenen oder verdrängten Saargrubenbeamten, -angestellten und -arbeiter.

Internierungslager in Holland für deutsche Kommunisten.

DNB **Haag, 13. Februar.**

Einer amtlichen Verlautbarung ist zu entnehmen, daß die Regierung die Errichtung eines Internierungslagers beabsichtigt, in dem alle diejenigen in Holland befindlichen Ausländer, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, untergebracht werden sollen.

Dieser Beschluß dürfte das Ergebnis der in Regierungskreisen angestellten Erwägungen zu der Frage darstellen, was mit den zahlreichen nach Holland gekommenen deutschen Kommunisten geschehen soll, die von hier aus neue kommunistische Zellen in Deutschland zu bauen und in enger Zusammenarbeit mit den holländischen Kommunisten im Lande ihrer Gastgeber stets wieder von neuem politische Unruhen hervorzurufen suchen.

Bei der Einrichtung des geplanten Internierungslagers wird man sich vermutlich das zur Unterbringung politisch gefährlicher Ausländer bereits seit Monaten bestehende Arbeitslager Merzplas zum Vorbild nehmen.

Göring besucht Bremen.

Er spricht vor 30 000 Arbeitern in einer Maschinenhalle der Weserwerft

Empfang in der Hansestadt.

DNB **Bremen, 13. Februar.**

Die Hansestadt Bremen stand am Mittwoch im Zeichen des Staatsbesuches des preußischen Ministerpräsidenten. Alle Häuser waren reich beflaggt, auch die Straßenbahnen führten Wimpel in den Farben des Dritten Reiches.

Schon in den frühen Morgenstunden hatte sich eine große Menschenmenge zum Empfang des Ministerpräsidenten auf dem Bahnhofsplatz eingefunden. Kurz nach ½9 Uhr verließ Ministerpräsident Göring mit seiner Begleitung den Zug, herzlich begrüßt von Gauleiter Roever und den anderen zu seinem Empfang erschienenen Herren.

Bei dem Empfang im Rathaus hieß Reichsstatthalter und Gauleiter Roever und Bremens Regierender Bürgermeister, Otto Heider, den Ministerpräsidenten im Namen der bremischen Regierung herzlich willkommen.

Ministerpräsident General Göring erwiderte in seiner Ansprache, daß es

die Pflicht der nationalsozialistischen Führer sei, immer wieder ins Volk zu gehen, und in den Frontabschnitten das Vertrauen der deutschen Männer und Arbeiter zur Idee des Führers zu festigen. Nur bei dieser Wechselwirkung von Vertrauen von Volk und Führer könne der Nationalsozialismus seinen dauernden Bestand sichern.

Heute sei Bremen dieser Frontabschnitt. Und gerade weil der Bremer so fest halte an seiner Tradition, müsse alles daran gesetzt werden, um die letzten Reste der Demokratie, die in Bremen besonders festen Fuß gefaßt hatte, auszulöschen. Der wirkliche nationalsozialistische Führer müsse sich klar darüber sein, daß er der erste Diener des Staates sein muß. Nur dadurch zeige er den Wert einer kraftvollen Persönlichkeit.

In Bremen sei in den letzten Jahren ein Niedergang festzustellen gewesen, doch jetzt begännen sich wieder die Hämmer zu regen. Bremens Blick sei auf das offene Meer gerichtet. Auch in der Gegenwart müsse dafür gekämpft werden, daß die Hansestadt Bremen ihre Weltgeltung und ihre Pionierarbeit für das Deutschtum in Uebersee weiterhin bewahre. Der Ministerpräsident schloß mit einem dreifachen Sieg-Heil auf Deutschlands Führer.

Anschließend wurde dem Ministerpräsidenten General Göring in der Güldenkammer des alten Rathauses der Ehrentrunk der Freien Hansestadt Bremen geboten.

Göring bei den Arbeitern der Faust.

+ **Bremen, 13. Februar.**

Nach der Beendigung des offiziellen Begrüßungsaktes im Bremer Rathaus begab sich Ministerpräsident General Göring zur Kundgebung nach der großen Maschinenhalle auf der AG „Weser" der Deschimag-Werft, an der 30 000 Volksgenossen teilnahmen. Hier führte er unter anderem aus:

Es ist für mich ein stolzes Gefühl, vor deutschen Männern zu sprechen, die zum größten Teil als Arbeiter der Faust jahrein und jahraus in harter Arbeit ihr Brot verdienen müssen. Aber gerade dieser Teil des deutschen Volkes ist bisher immer der treueste Teil der Nation gewesen, weil er viel mehr für den täglichen Lebenskampf einsetzte als die begüterten Schichten. Der Ministerpräsident sprach dann über die Begriffe Vaterland und Volk und ihre überragende Größe.

Es war immer so in der Geschichte, daß, wenn die Führung des Volkes stark ist, auch das Volk stark wird. Denn nur die Führung bestimmt das Schicksal der Nation, und damit übernimmt sie eine riesige Verantwortung vor Gott und dem Volk und, was wichtiger ist, vor der Zukunft des Volkes.

Das Volk hat aus der parlamentarischen Systemzeit gelernt, daß nicht jeder Einzelne regieren kann. Wir haben ein Deutschland gesehen, das in zwei Teile fiel, der eine Teil war das Proletariat und der andere war das Bürgertum. Wäre der Nationalsozialismus unter unserem Führer Adolf Hitler nicht gekommen, dann wäre Deutschland einer restlosen Vernichtung anheimgefallen. Es gibt nur eine Rettung, nur eine Auferstehung Deutschlands, wenn die beiden Lager verschwinden, die sich Jahrzehnte zerfleischt haben.

Zum Schluß appellierte der Ministerpräsident Göring an die Herzen der Arbeiterschaft und forderte sie auf, darüber zu wachen, daß das Band des Vertrauens, das Führer und Gefolgschaft zusammenschließt, niemals zerreißt.

Im Anschluß an die Kundgebung fuhr Ministerpräsident Göring nach Bremerhavevn zur Besichtigung des Lloyddampfers „Europa".

An Bord der „Europa".

DNB **Bremerhaven, 13. Februar.**

Kurz nach 14 Uhr traf der Ministerpräsident General Göring von Bremen kommend an der Wesermündung ein. Die Fahrt ging nach dem Columbus-Bahnhof, wo die „Europa" am Kai lag. An Bord der „Europa" wurde General Göring von dem Betriebsführer des Norddeutschen Lloyd, Dr. Fierle und Kommodore Scharf herzlich willkommen geheißen. Dann begrüßte der Ministerpräsident die vollzählig angetretene Mannschaft des Schiffes sowie die Rettungsmannschaft der „Dresden", die erst am Dienstag von der französischen Regierung für die mutige Rettung der fünf französischen Flieger ausgezeichnet worden war. Bei einem Frühstück an Bord der „Europa" nahm der Betriebsführer des Norddeutschen Lloyd, Dr. Fierle, das Wort. Ministerpräsident Göring dankte in seiner Erwiderung für das Bekenntnis der deutschen Seeschiffahrt zu Führer und Reich. In den letzten Jahren vor der Machtergreifung habe sich die Lethargie der deutschen Wirtschaft vor allem in den Hafenstädten bemerkbar gemacht. Hamburg und Bremen seien damals Schiffsfriedhöfe gewesen. Heute wüßten wir, daß Deutschland alles daran setzen müsse, um seine frühere Seegeltung wiederzuerlangen. „Ich versichere," so betonte der Ministerpräsident, „daß ich mich jederzeit für den seefahrenden Teil des deutschen Volkes einsetzen werde. Der Norddeutsche Lloyd hat von jeher Hervorragendes geleistet und seine Pflicht erfüllt. Die beiden letzten Rettungen aus der Seenot durch deutsche Seeleute waren ein Zeichen der Stärke der deutschen Seefahrt. Ich hoffe, daß die deutsche Flotte in stetigem Aufbau Schiff an Schiff reiht." Der Ministerpräsident schloß mit einem dreifachen Sieg-Heil auf die deutsche Seefahrt und deutsche Seegeltung.

Gegen 20 Uhr traf Göring wieder in Bremen ein. Den Rest des Abends verbrachte er in der Gesellschaft der oldenburgischen und bremischen Parteigenossen.

Italienisch-abessinische Verhandlungen.

Italien verlangt Wiedergutmachung und genaue Grenzziehung.

DNB **London, 13. Februar.**

In englischen Regierungskreisen wird heute, Reuter zufolge, darauf hingewiesen, daß nach den dem britischen Botschafter in Rom von der italienischen Regierung gemachten Mitteilungen von der Ueberreichung eines italienischen Ultimatums an Abessinien nicht die Rede sein kann. Wie der italienische Minister des Auswärtigen erklärte, habe die italienische Regierung lediglich bei Abessinien wegen des Zwischenfalls vom 29. Januar Einspruch erhoben und sich bei dieser Gelegenheit das Recht vorbehalten, eine Wiedergutmachung zu verlangen. Dieser Protestschritt habe einen durchaus allgemeinen Charakter getragen und sei auf Einzelheiten nicht eingegangen.

Nach den der englischen Regierung zur Verfügung stehenden eigenen amtlichen Nachrichten hat weiterhin die italienische Regierung ihren Gesandten in Addies Abeba beauftragt, Verhandlungen mit der abessinischen Regierung einzuleiten, die eine genaue Grenzziehung in dem umstrittenen Gebiet zum Gegenstand haben. Dabei soll auch erörtert werden, ob es möglich ist, eine Vereinbarung herbeizuführen, um die Gefahr weiterer bewaffneter Zusammenstöße zu verhindern.

Reuters Vertreter in Rom hatte eine Unterredung mit dem abessinischen Geschäftsträger Aswerk, in der dieser erklärte, er persönlich glaube nicht, daß es zu einem italienisch-abessinischen Krieg kommen werde. Nach seiner Ansicht sollte es möglich sein, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln. Der Geschäftsträger gab jedoch zu verstehen, daß seine Regierung alle „unvernünftigen" Forderungen nach wie vor entschlossen ablehnen werde. Die Lage ist so, sagte Aswerk nach der Reuter-Darstellung weiter, daß in dem Falle, daß die Italiener auf einer Entschädigung für den Zwischenfall von Ualual, bei dem Abessinier infolge eines nicht herausgeforderten Angriffes getötet wurden, bestehen sollten und daß die italienische Regierung an dem Standpunkt festhielte, das Gebiet bis Ualual gehöre ihr, eine Regelung auf einer solchen Grundlage zwischen Abessinien und Italien unmöglich wäre und wir an den Völkerbund appellieren müssen.

Im Unterhaus wurde der Außenminister am Mittwoch über den Stand des italienisch-abessinischen Streitfalls befragt. Er antwortete u. a., daß die abessinische Regierung entsprechend der in dem Brief an den Generalsekretär des Völkerbundes eingegangenen Verpflichtung strengen Befehl gegeben habe, weitere Zwischenfälle zu vermeiden. So viel er wisse, sei von keiner Seite ein neuer Appell an den Völkerbung gerichtet worden. Simon bestätigte alsdann in Beantwortung einer Anfrage Lord Wintertons, daß England nur in seiner Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes in Rom Erkundigungen eingezogen habe. England unterhalte zu beiden Ländern freundschaftliche Beziehungen und wünsche alles zu tun, um eine friedliche Regelung zu sichern.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" sagt, der Kaiser von Aethiopien sei warnend darauf hingewiesen worden, daß es Eden und Laval nicht leicht gefallen sei, Mussolini zur Zurückhaltung zu veranlassen und daß Abessinien das seinige tun müsse, um weitere Zwischenfälle zu verhindern. Die Behauptung, daß der Kaiser von Aethiopien keine Kontrolle über die Grenzstämme habe, werde in London nicht als ganz zutreffend erachtet. Beweismaterial für das Gegenteil liege vor.

Der abessinische Geschäftsträger bei Suvich.

Noch keine Einigung.

DNB. **Rom, 13. Februar.**

Der hiesige abessinische Geschäftsträger ist am Mittwoch nachmittag von Staatssekretär Suvich im italienischen Auswärtigen Amt empfangen worden. Eine Unterredung mit Mussolini hat nicht stattgefunden und ist vorerst auch nicht vorgesehen. Ueber den Verlauf der Unterredung mit Suvich, bei der die Lage und Vorgänge in den abessinischen Grenzgebieten besprochen und die Stellungnahme der beiden Länder kurz erörtert wurden, wird nichts näheres bekanntgegeben. Fest steht, daß eine Einigung über die Bildung neutraler Zonen noch nicht erfolgt ist.

In italienischen politischen Kreisen wird die Verhandlungsbereitschaft Roms von neuem unterstrichen, aber zugleich auch dem Zweifel Ausdruck gegeben, daß der Kaiser von Abessinien in der Lage sei, eine wirksame Kontrolle über die Grenzstämme auszuüben. Gegenüber der von Abessinien in den europäischen Hauptstädten ausgegebenen Darstellung zu dem neuesten Zwischenfall von Afdul wird italienischerseits auf jede Gegenerklärung unter Aufrechterhaltung der von Italien vor einigen Tagen gegebenen Darstellung verzichtet. Schließlich wird versichert, daß von den beiden mobilisierten Divisionen noch kein Schiffstransporte abgegangen sind.

Amtliche abessinische Erklärung über die Grenzzwischenfälle.

DNB. **Addis Abeba, 12. Februar.**

In einer amtlichen Verlautbarung über die Grenzzwischenfälle wird gesagt, die abbessinische Garnison von Gerlogabi habe keinen Ausfall unternommen und auch nicht versucht, die italienischen Streitkräfte am 2. Februar in Afdub einzuschließen. Ueber die Zwischenfälle bei Gerlogubi am 29. Januar wird von den Abessiniern folgende Darstellung veröffentlicht: Eine abessinische Patrouille von 25 Mann, die lediglich mit Gewehren bewaffnet waren, wurden von italienischen Truppen, die mit Maschinengewehren ausgerüstet waren, angegriffen. Die schon früher vom Kaiser gegebenen Befehle wurden, so wird von abessinischer Seite weiter erklärt, getreulich ausgeführt, und es werde keiner Patrouille erlaubt, sich weiter als drei Kilometer von der großen Masse einer Garnison zu entfernen.

Bisher 1 441 501 Ehrenkreuze.

DNB **Berlin, 13. Februar.**

Wie das Reichs- und preußische Ministerium des Innern mitteilt, ist bis Ende Dezember 1934 folgende Anzahl von Ehrenkreuzen des Weltkrieges verliehen worden: Für Frontkämpfer 1 204 737, für Kriegsteilnehmer 142 522, für Witwen 48 640, für Eltern 45 602. Die Gesamtzahl der bis Ende 1934 verliehenen Ehrenkreuze beträgt hiernach 1 441 501.

Emigrantenprügelei in Toulouse.

Politische Gegensätze. — Ein Schwerverletzter.

DNB. **Paris, 13. Februar.**

In einem Emigrantenlager in Toulouse, wo ausschließlich saarländische Emigranten untergebracht sind, kam es am Mittwoch zu einer Schlägerei, die ihren Ursprung in politischen Auseinandersetzungen hatte. Einer der Emigranten wurde durch Messerstiche am Halse schwerverletzt und mußte in ein Krankenhaus übergeführt werden. Der Täter wurde verhaftet. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Wie „Journal" hierzu berichtet, soll es in dem Emigrantenlager schon seit einigen Tagen infolge politischer Gegensätze der Insassen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen sein.

„Geständnisse" unter Mißhandlungen

Feststellungen im Memelländer Prozeß.

DNB **Kowno, 13. Febr.**

Im Memelländer Prozeß wurden in den letzten Tagen mehrere Zeugen über verschiedene Ereignisse aus dem Privatleben einiger Angeklagten vernommen, die mit ihrer politischen Tätigkeit nichts zu tun haben.

Aus der Mittwochverhandlung ist besonders interessant die Vernehmung eines Offiziers der Eisenbahnpolizei in Pogegen als Zeugen, in dessen Büro einige der im Falle Jesuttis beschuldigten Angeklagten verhört worden waren. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Zeugen und dem Angeklagten Wannagat, der bekanntlich bei der Voruntersuchung ein umfangreiches Geständnis abgelegt haben soll, das er jedoch vor Gericht als durch Mißhandlungen erpreßt widerrief. Der Zeuge behauptete, Wannagat habe in seiner Gegenwart das Geständnis abgelegt und dabei Einzeichnungen in eine Karte gemacht. Es stellte sich aber heraus, daß das „Geständnis" am dritten Tage nach ununterbrochenem Verhör gemacht worden war. Der Polizeioffizier konnte auch keine Erklärung dafür abgeben, aus welchem Grunde er einen in diesem Falle völlig überflüssigen Dolmetscher zu der Verhandlung hinzugezogen habe, einen Dolmetscher, von dem der Angeklagte Wannagat behauptet, daß dieser es gewesen sei, der die unmenschlichen Mißhandlungen geleitet habe, denen er ausgesetzt gewesen war.

Weiter erklärt Wannagat, daß der Polizeioffizier selbst den beim Verhör anwesenden Polizeibeamten und dem Dolmetscher die Gummiknüppel übergeben habe, mit denen er, Wannagat, mißhandelt worden sei.

Mitschuldig an dem roten Aufstand.

Ein Nachspiel der spanischen Revolution.

DNB **Madrid, 13. Februar.**

Das Kriegsgericht verurteilte den Direktor der Waffenfabrik von Oviedo, einen Oberst, zu lebenslänglichem Zuchthaus und einen Hauptmann der Artillerie zu zwei Jahren Gefängnis wegen unpünktlicher Ausführung von Dienstbefehlen und Verletzung der Soldatenehre. Infolge der Fahrlässigkeit der genannten Offiziere konnten während der Oktober-Revolution die Aufständischen in den Besitz von 17000 Gewehren und 200 Maschinengewehren kommen.

Der Breslauer Kindermord.

Voruntersuchung gegen Höll eröffnet.

DNB **Breslau, 13. Februar.**

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht in Breslau gegen Herbert Höll wegen Verdachtes des Mordes und zugleich Sittlichkeitsverbrechens an den Geschwistern Otto und Erika Fehse die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet. Zugleich ist gegen den bisher in Polizeihaft befindlichen Höll Haftbefehl vom Untersuchungsrichter erlassen worden. Der Mord an den Kindern wurde am 6. Juni 1926, einem Sonntage, begangen und hat in der Breslauer Bevölkerung großen Schrecken ausgelöst. Bei Höll wurden in seiner Dachkammer umfangreiche stenografische Aufzeichnungen gefunden, in denen mehrmals der Vorname Erika vorkam.

Diesmal war es ernst.

Amerikanischer Schoner in Seenot!

DNB **London, 13. Februar.**

Der Kreuzer „Australia", auf dem sich der Herzog von Glouchester befindet, hat von der Besatzung des durch stürmisches Wetter beschädigten amerikanischen Schoners „Seth Parker", der nach mehreren Notrufen allgemeiner Art schließlich ein SOS ausgesandt hatte, neun Mann übernommen. Der Kapitän, der Funker und drei weitere Leute sind an Bord geblieben. Der Kreuzer wird dem Schoner solange Beistand leisten, bis ein von Pago-Pago auf Samoa abgesandter amerikanischer Marineschleppdampfer eintrifft.

Neues in Kürze.

Der Reichsminister, Generaloberst v. Blomberg, wird sich am 15. und 16. Februar zwecks Erledigung einiger Besuche in Köln und Bochum aufhalten.

Einer amtlichen Meldung aus Berlin zufolge ist der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen, Dr. Markert, von seinem Amte zurückgetreten.

Der Leiter des volkswirtschaftlichen Departements in der schweizerischen Bundesregierung, Bundesrat Schultheß, hat seinen Rücktritt erklärt. Er ist seit über 20 Jahren im Amt und hatte bereits vor einigen Monaten für das Frühjahr seinen Rücktritt angekündigt.

Prof. Dr. Dietrich von Hildebrands Buch über Engelbert Dollfuß „Ein katholischer Staatsmann" ist für das gesamte Reichsgebiet auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat verboten worden.

Aus Mazedonien, Thrazien und Thessalien werden große Schneefälle gemeldet. Viele Gebirgsdörfer sind durch den meterhohen Schnee abgeschlossen worden. Umherstreifende Wolfsrudel haben in mehreren Fällen Menschen angegriffen. Bei Zirnowo wurden zwei Bauern von Wölfen zerrissen.